

Irland stopft Steuer-Schlupfloch

„Double Irish“ ab 2015 abgeschafft

Dublin. Der „Double Irish“ klingt nach einer Whiskey-Spezialität, ist aber in der Finanzwelt das vielleicht bekannteste Steuer-Schlupfloch. Jetzt macht Irlands Regierung Schluss mit dem Modell, von dem zum Beispiel Internet-Giganten wie Apple und Google profitieren – und schafft eine der bekanntesten Möglichkeiten zum Steuersparen ab.

Ab 2015 können Firmen nicht mehr in Irland registriert sein, ohne dort Steuern zu zahlen. Wer bereits profitiert, bekommt allerdings eine Übergangsfrist bis 2020, wie der irische Finanzminister Michael Noonan erklärte. Den „Double Irish“, den „Doppelten Ire“, nutzen bisher oft US-Unternehmen wie etwa Apple oder Google, aber auch große Pharmakonzern, die so Milliarden sparen.

„Ich schaffe die Möglichkeit für Firmen ab, den Double Irish zu nutzen, indem ich unsere Regeln so ändere, dass alle in Irland registrierten Unternehmen auch ihren Steuerwohnsitz dort haben müssen“, sagte Noonan. Dadurch werde Investoren Sicherheit über die Unternehmenssteuer in Irland für das nächste Jahrzehnt gegeben. Noonan stellte den ersten irischen Haushalt ohne krasse Sparmaßnahmen seit Beginn der Finanzkrise 2007 vor.

Zum „Double Irish“ gehören in der Regel zwei in Irland registrierte Unternehmen, von denen aber nur eines seinen Steuerwohnsitz dort hat. Das andere hat diesen oft in Steueroasen wie zum Beispiel im britischen Übersee-Gebiet Bermuda. Mit 12,5 Prozent hat auch Irland selbst einer Aufstellung der Industrieländerorganisation OECD zufolge einen vergleichsweise niedrigen Steuersatz für Unternehmen.

Die Regelung war in Europa seit Jahren kritisiert worden. EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta begrüßte die Entscheidung Dublins. Die Kommission müsse sich die Deals anschauen und prüfen, wie es in der Praxis funktionieren würde, aber die Absicht sei eine gute. Der Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung müsse vorangetrieben werden.

Hacker sollen NATO ausspioniert haben

Washington. Eine Gruppe von russischen Hackern soll angeblich eine Windows-Sicherheitslücke genutzt haben, um das westliche Militärbündnis NATO auszuspionieren. Wie die „Washington Post“ unter Berufung auf einen Bericht der Internet-Sicherheitsfirma iSight Partners meldete, seien unter anderem auch die ukrainische, eine westeuropäische Regierung und ein polnischer Energiekonzern ausgespioniert worden.

Die seit mindestens 2009 aktive Gruppe habe demnach eine Sicherheitslücke ausgenutzt, die in allen Windows-Betriebssystemen von Vista bis zu 8.1 mit der Ausnahme von Windows XP bestanden habe. Die Aktivitäten deuteten auf Spionagetätigkeit hin, die Russlands nationalen Interessen nütze, sagte Stephen Ward von iSight. Moskau hatte in der Vergangenheit Cyber-Spionagevorwürfe zurückgewiesen.

iSight beobachtete die „SandWorm“ genannte Hackergruppe seit 2013, schrieb die „Post“. Die Hacker versendeten E-Mails von legitim erscheinenden Absendern und konnten Zugriff auf Computer erhalten, wenn Anlagen in den Mails geöffnet wurden.

Marktforscher sehen Tablet-Absatz kritisch

Egham. Marktforscher sehen den Markt für Tablet-Computer immer skeptischer. Die Analysefirma Gartner kappte ihre Absatzprognose für dieses Jahr um elf Prozent auf gut 229 Millionen Geräte. Bestehende Nutzer tauschten ihre Tablets langsamer als gedacht aus – zugleich bleibe der Zustrom neuer Kunden unter den Erwartungen, sagte Gartner-Analystin Annette Zimmermann. Befragungen zeigten, dass viele Menschen keine Verwendung für Tablets in ihrem Alltag sähen, lautet die überraschende Begründung für die negative Prognose. Für 2014 rechnet Gartner damit noch mit einem Plus von zehn Prozent. Für das laufende Jahr ist Gartner noch vorsichtiger als der zweite große IT-Marktforscher IDC, der seine Absatzprognose im Sommer von über 260 auf 245 Millionen Geräte gesenkt hatte.

Samsung verspricht schnelleres WLAN

Seoul. Samsung will mit einer neuen Technologie eine fünf Mal schnellere Datenübertragung in WLAN-Netzwerken ermöglichen. Mit dem Tempo könne zum Beispiel ein Gigabyte großer Film binnen drei Sekunden von Gerät zu Gerät übertragen werden, erläuterte Samsung. Die Übertragungsgeschwindigkeit erreiche 4,6 Gigabit pro Sekunde. Samsung nutzt dafür erstmals das noch unerschlossene Frequenzspektrum im Bereich von 60 Gigahertz (GHz). Seine kommerzielle Nutzung soll im kommenden Jahr angestoßen werden. Aktuelle Wifi-Netze funktionieren auf Frequenzen von 2,4 und 5 GHz.

Nutzen statt besitzen: Die „Share Economy“ verspricht neue Geschäftsmodelle – und stößt an rechtliche Grenzen

Der Tauschhandel ist ein uraltes wirtschaftliches Prinzip. Doch das Internet und seine mobile Nutzung haben dem Prinzip eine Renaissance beschert. Die „Share Economy“ wird als Geschäftsmodell der Zukunft gepriesen, weil es ein moralisch integres Konsumbewusstsein verspricht – einen Hauch von besserer Welt. Doch im Schatten des Glanzes versuchen sich profitorientierte Unternehmen an dem Trend zu bereichern und drohen, eine Branche in Verruf zu bringen.

VON KLAAS MUCKE

Bremen. Tauschen, schenken, teilen – ein uraltes Prinzip des Handelns erfährt neuen Aufschwung durch das Internet. Die Ökonomie des Teilens heißt neuerdings Share Economy – und verändert den Markt. Was früher ausschließlich unter Verwandten und Bekannten, unter Nachbarn und Freunden üblich war, ist inzwischen zu einem globalen Trend geworden. Couchsurfing, Carsharing, Ziplock, Foodsharing – auf sämtlichen Plattformen im Internet lassen sich Schlafplätze, Autos, Werkzeuge und sogar Essen teilen.

„Im Grundsatz stecken hinter der Idee der Share Economy selbstlose Prinzipien“, sagt Reinhard Loske, Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Loske spricht von der „gemeinsamen und nachhaltigen Nutzung von Ressourcen im Sinne des Gemeinwohls“. So habe sich die Idee des Carsharings beispielsweise aus der Vorstellung entwickelt, den zunehmenden Verkehr zu reduzieren. Foodsharing bewahrt vom Verfall bedrohte Lebensmittel vor dem Wegwerfen, und wer für einen Tag lang eine Bohrmaschine benötigt, kann sie sich bei einem Anbieter um die Ecke leihen, ohne sich eine kaufen zu müssen. Dass ein solcher Verleih häufig gegen kleine Geldbeiträge erfolgt, findet Loske nicht schlimm. „Man muss aber aufpassen, dass es nicht zur Profitmaschine wird.“ Aus diesen Ansätzen für einen bewussteren Konsum und ein soziales Miteinander haben sich neue Geschäftsmodelle entwickelt, die genau dies im Sinn haben: Profit.

„Man muss aufpassen, dass die Share Economy nicht zur Profitmaschine wird.“

Professor Reinhard Loske

Unternehmen wie Uber und Airbnb stehen in der öffentlichen Kritik. Bei der Firma Uber können sich Privatpersonen registrieren und über eine App Fahrten in ihrem eigenen Auto anbieten. Bei Airbnb können Privatpersonen ihre Zimmer zur zwischenzeitlichen Vermietung anbieten. Die Taxi- und Hotelbranche sind in Aufruhr geraten. Die Internet-Plattformen würden rechtliche Grauzonen nutzen und könnten nur daher günstigere Preise bieten. Das verzerrt den Wettbewerb. Die rechtliche Grauzone: Airbnb-Anbieter müssen sich nicht wie Ho-



© WESER-KURIER - BERDING

tels um Sicherheitsstandards bemühen, Fahrer von Uber haben keine Genehmigung nach dem Personbeförderungsgesetz. In Berlin und Hamburg reagierte man mit einem Verbot von Uber-Fahrten.

Im Internet selbst wird diese Problematik heftig diskutiert. Der Begriff „Share Economy“ gerät mitsamt seiner altruistischen Grundidee in Verruf. Es könne von Sharing, vom Teilen, keine Rede mehr sein – vielmehr zeige sich hier eine neue Form des digitalen Kapitalismus, wettete Internetexperte und Blogger Sascha Lobo. Die Arbeit der privaten Kleinstunternehmer schaffe zudem eine „Dumpinghölle“, in der Amateure dazu dienten, die Preise der Profis zu drücken. „Sklavenhandel“ und „organisierte Schwarzarbeit“ sind die Stichworte, die in vielen Foren dazu fallen.

Daniel Bartel ist Share-Economy-Experte. Er gründete den Vorgänger des Online-Magazins OuiShare und ist zudem Mit-Initiator des privaten Carsharing-Portals autonetzer.de. Auf Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen referiert er über die Vorteile der Share Economy. Auch er findet, im Ansatz handle es sich bei der Share Economy um ein altruistisches Prinzip. „Aber es gibt Leute, die das für sich ausschlichten.“ Das sei nicht in Ordnung. Bartel sieht die Politik in der Verantwortung. „Restriktionen und Verbote können nicht die Lösung sein. Es muss ein Pfad der Rechtssicherheit eingeschlagen werden“,

sagt Bartel und gibt ein Beispiel. „Wenn ich 30 Tage im Jahr mein Zimmer vermiete für die Zeit, die ich anderswo unterwegs bin, dann kann man mir doch keine Gewerblichkeit vorwerfen – das ist dann doch ein sinnvoller Austausch.“

Auch Reinhard Loske sieht die Politik in der Pflicht. Zwar könne sie allein keine Tatsachen schaffen, aber Projekte der Share Economy, die am Gemeinwohl orientiert

winn- und Beeinflussungsinteressen wird“.

Bartel und Loske sind sich einig darüber, dass ein Nebeneinander der kommerziellen und der altruistischen Ausprägungen der Share Economy möglich ist. „Für beide Formen gibt es Bedarf“, sagt Bartel. Die Share Economy bleibe eine Nische, die aber eine zunehmend größere Rolle spielen werde.

Innerhalb dieser Zielgruppe wandeln sich mit den neuen Konsumformen auch die Strukturen. Denn die Rolle der Verbraucher verändert sich. Es handeln nun nicht mehr nur Anbieter mit Verbrauchern, der Verbraucher wird selbst zum Anbieter. „Wenn Verbraucher mit Verbrauchern Probleme haben – auf wessen Seite steht dann der Verbraucherschutz?“, fragt Martin Klug, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Rechtlich gelange der Verbraucherschutz an seine Grenzen. Die Aufgabe der Verbraucherzentralen sei es aber dennoch, Nutzungsformen wie die der Share Economy Verbrauchern zugänglich zu machen und dafür auch die bestehenden Verbraucherbilder zu hinterfragen. Man habe das Problem erkannt und suche nach Lösungen. „Es ist nötig, das zu diskutieren. Die Share Economy kann viele positive Effekte haben“, sagt Klug, „bei einem größeren Markt aber auch negative.“

Kommentar Seite 2

„Restriktionen und Verbote können nicht die Lösung sein.“

Daniel Bartel, Share-Economy-Experte

sind, unterstützen. „Es wäre utopisch, zu glauben, man könne diese Entwicklung zentral steuern, aber sie muss in eine gute Richtung gelenkt werden“, sagt Loske. „Das Thema gehört auf die politische Agenda.“ Es sei höchste Zeit, dass sich Netzgemeinde, Ökologiebewegung und Gewerkschaften in Deutschland und Europa intensiv mit drängenden Fragen auseinandersetzen. So müsse beispielsweise sichergestellt werden, „dass die Share Economy nicht zu einer reinen Domäne der Internetgiganten mit ihren Ge-

Das Büro im Smartphone

Unsere App der Woche: Mit dem mobilen Drei-Monats-Kalender von terminic übersichtlich planen

VON KLAAS MUCKE

Bremen. Wer morgens zuerst ins Büro kommt, dem obliegt eine der wichtigsten Amtshandlungen des Arbeitstages: Das kleine rote Datumfensterchen auf dem Wandkalender muss auf den aktuellen Tag geschoben werden. Erst dann lässt sich planen. Kaum ein Büro, an dessen Wänden kein Kalender der Bremer Firma terminic hängt.

Seit 1937 stellt das Unternehmen diesen Wandkalender her – mittlerweile bis zu 4500 Stück pro Stunde, in 30 Sprachen, für Abnehmer in 140 Ländern der Welt. Es war wohl nur ein Frage der Zeit, bis dieses Erfolgsprinzip in die digitale Welt übertragen werden würde. 77 Jahre nach seiner Erfindung führt das Unternehmen den Drei-Monats-Wandkalender ins mobile Zeitalter.

Dass auch die Hersteller von Tablet-PCs und Smartphones bereits vorinstallierte Kalender anbieten, macht sich das Unternehmen terminic zunutze. Die App synchronisiert sich mit den Basiskalendern der Geräte. So dient sie zum einen als Backup für die gespeicherten Termine. Zum anderen aber, und das ist ihr großes Plus, bietet sie eine gute Übersicht.

Beim Starten der App bekommt der User das gewohnte Bild: Drei Monate erscheinen zeitgleich, der mittlere ist der aktuelle, darüber der vergangene Monat, darunter der folgende. Das Datumfenster muss nicht extra auf den aktuellen Tag geschoben werden – es befindet sich bereits dort, wo es hingehört. Kleine Punkte neben den Tagesszahlen markieren Termineinträge, die mit einem Klick auf das jeweilige Datum eingesehen werden können.

Beim Klick auf das entsprechende Datum erscheint im oberen Bildschirmdrit-

tel die Monatsansicht, im unteren Teil des Displays werden die eingetragenen Termine in chronologischer Reihenfolge angezeigt, bei einem Wisch nach rechts bei Bedarf auch in einem Stundenplan.

Die Oberfläche des Kalenders ist schlicht gehalten, was eine intuitive Bedienung ermöglicht. Über das Hauptmenü können synchronisierte Kalender separat aufrufen werden, zudem steht dort ein Ferienkalender zur Verfügung. Senkrechte Wischbewegungen in der Startoptik lassen den Nutzer durch die Monate des aktuellen Jahres vor- oder zurückschreiten. Wischbewegungen nach rechts und links zeigen die Termine vom Jahr zuvor oder danach. Eine Lupe symbolisiert die Suchfunktion, mit der der Kalender nach eingetragenen Ereignissen durchforstet werden kann. Beim Klick auf ein Plus-Symbol am oberen rechten Rand des Displays kann der Nutzer einen neuen Termin eingeben.

Schade ist, dass der Nutzer keine Farben auswählen kann, um bestimmte Ereignisse thematisch hervorzuheben – beispielsweise geschäftliche Termine in grün, private Termine in blau. Um das zu erreichen, muss der Umweg über den Basis-Kalender des Geräte-Herstellers gegangen werden – wenn der denn über eine solche Funktion verfügt.

Noch handelt es sich um die erste Version der App, die es sowohl für das Betriebssystem Android als auch für Apples iOS gibt. Die Anpassung an Apples aktualisiertes Betriebssystem iOS 8 sowie die Kompatibilität mit dem neuen iPhone stehen schon bei Apple bereit – mit dem baldigen Release ist laut terminic zu rechnen. Für spätere Versionen sollen ausgewählte Ferien in die Datumsübersicht mit integriert und

eine Ansicht im Querformat ermöglicht werden; bislang wird nur das Hochformat bedient.

30 Tage lang kann die App kostenlos getestet werden, danach ist sie im App- oder im Play-Store für 89 Cent erhältlich.



Optik:
 Bedienung:
 Alltagsnutzen:

Scannen Sie das Bild oben und sehen Sie die Downloadlinks für die App. Anleitung siehe Seite 2.

Genauere Prüfung von Löschanfragen

Experten fordern Augenmaß

Berlin. Verbraucherschützer und Internet-Experten haben die Betreiber von Suchmaschinen aufgefordert, seltener die Löschanfragen von Bürgern in der Europäischen Union nachzugeben. Auf einem Treffen des Experten-Beirats für Google zum „Recht auf Vergessenwerden“ unter dem Vorsitz von Google-Verwaltungsratchef Eric Schmidt verwies die Sachverständigen auf das öffentliche Interesse an bestimmten Informationen, selbst wenn betroffene EU-Bürger diese aus den Ergebnislisten entfernen lassen wollen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte im Mai entschieden, dass EU-Bürger Google dazu verpflichten können, Links zu unangenehmen Dingen aus ihrer Vergangenheit aus dem Netz verschwinden zu lassen. Es geht dabei um Informationen, die nicht mehr relevant sind oder das Recht auf Privatsphäre verletzen.

Bislang bekam Google fast 150.000 Anfragen von Europäern zur Löschung von Suchergebnissen aus ihrer Vergangenheit. Aus Deutschland kamen davon über 25.000. Dabei seien insgesamt rund 42 Prozent der beanstandeten Links aus den Suchergebnissen entfernt worden. In Deutschland seien es 53 Prozent gewesen.

Ulrich Buermeier, Richter am Landgericht Berlin und Verfassungsrechtler, sagte, in Europa gebe es die Tendenz, zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrechten auszugleichen. „Das EuGH-Urteil fügt eine neue Ebene in diesem Balanceakt hinzu, nämlich wie mit bereits veröffentlichtem Material umgegangen wird.“ Dies könne auch die Frage beeinflussen, was überhaupt veröffentlicht werden darf. Die Pressefreiheit könnte dadurch gestärkt werden. Buermeier sprach sich dafür aus, dass Publisher der verlinkten Inhalte vor einer möglichen Löschung des Links angehört werden.